



POLITIK / REDAKTION

Algerien - Sicherung eigener Positionen ...

(SB) - Das war es also. Algeriens Präsident Abdelasis Bouteflika, der seit 1999 im Amt ist, gibt auf. Dazu haben wochenlange Massenproteste den 82jährigen gezwungen, der seit einem schweren Schlaganfall 2013 kaum noch öffentlich aufgetreten war, und wenn, dann nur im Rollstuhl. Wie der staatliche Algérie Presse ... (S. 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Ankara - schlechte Verlierer ...

(SB) - Daß Recep Tayyip Erdogans Macht mittels demokratischer Wahlen gebrochen werden könnte, dürfte so gut wie ausgeschlossen sein. Er hat seinen Aufstieg ins höchste Staatsamt und das Präsidialsystem unter massiver Repression gegen jegliche tatsächliche oder potentielle Gegnerschaft durchgesetzt ... (S. 4)

POLITIK / KOMMENTAR

Widerspruchslösung - nach Vorschrift sterben ...

(SB) - Nehmen wir tatsächlich an, die Körpergrenzen schwinden, weil eine regelrechte Kapitalisierung der Körper zu beobachten ist, nämlich der Einsatz der lebendigen menschlichen ... (S. 7)

Freitagsdemo -

es grünt so grün, wenn die Gesetze blühen ...



Die Krawatte ist grün oder: Zwischen Winfried Kretschmann und dem Mercedes Benz paßt kein Blatt Papier.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, CC BY-SA 2.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/]

(SB) 3. April 2019 - Ohne eine breite, beharrliche und weder vor staatlichen Repressionen noch diversen Spaltungsversuchen einknickende Massenbewegung wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht aus der Atomenergie ausgestiegen. Über Jahrzehnte hinweg begleiteten dabei Aktionen zivilen Ungehorsams die Proteste.

Freilich hat die Akw-nein-Danke-Bewegung auch dem einen oder

anderen grünen Gewächs als Sprungbrett für die persönliche Politikkarriere gedient. Ob Winfried Kretschmann, derzeit für Bündnis 90/Die Grünen Ministerpräsident in Baden-Württemberg, sich von den Wurzeln seiner Partei abgeschnitten hat und nunmehr sein Dasein als Schnittblume in den Vorzimmern der Konzernzentrale von Mercedes Benz bevorzugt oder ob er ideologisch nicht schon zu einer Zeit im Establishment verwurzelt war, als seine Partei noch auf die Straße ging und ein Ende der Atomenergie forderte, ist gar nicht so sehr die Frage. Entscheidend ist das, was er heute sagt und tut, und das hat zumindest mit den Träumen von einst, so man sie ernst nimmt, nichts zu tun.

Nun hat Landesvater Kretschmann gegen "Fridays for Future", die Schulstreikbewegung für Klimaschutz, ausgekeilt, weil sie nicht aufhören will zu streiken. Wie das Magazin "Focus" am Dienstag berichtete, hält er die Klimaschutzproteste zwar für moralisch gerechtfertigt und - das hat er trefflich erkannt - es gehe ja wirklich um die Zukunft der Schüler. ABER: Einmal die Schule zu schwänzen, falle erst mal unter zivilen Ungehorsam. Das sei jedoch ein symbolischer Akt und könne keine Dauerveranstaltung sein. Die Proteste könnten nicht ewig so weitergehen. Wer die Regeln verletze, müsse mit Sanktionen rechnen. Dann dürfe man nicht jammern. [1]

Ziviler Ungehorsam, aber bitte ziviler lautet Kretschmanns Antwort auf die Verweigerung, für ein Leben zu lernen, dessen Zukunft in Frage gestellt ist. Er ist nicht der erste Politiker, der sich negativ über die Schulstreikbewegung äußert. Schon der liberale Christian Lindner hatte ein veritables Eigentor geschossen, als er sinngemäß zwitscherte, daß Klimaschutz was für Profis sei. Die Antwort kam postwendend bzw. wurde zurückgezwitschert. Von Profis. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich zu Tausenden mit der freitäglichen Schulstreikbewegung solidarisiert und nennen sich "Scientists for Future".

Bereits in der bevorzugten Wortwahl, daß die Kinder und Jugendlichen die Schule "schwänzen", zeigt sich die Arroganz gegenüber dem Anliegen derjenigen, die gute Gründe dafür haben, sich ernsthafte Sorgen um ihre Zukunft zu machen. Wenn die Kli-

mawandelfolgen nicht mehr "nur" in den Ländern des Globalen Südens hohe Opferzahlen fordern, wie beispielsweise aktuell der Wirbelsturm Idai in Mosambik, wird sich die Generation Kretschmanns längst aus dem Staub gemacht haben, bzw. zu selbigem zerfallen sein. Für die jungen Menschen von heute gilt das nicht.

Kretschmann läuft Gefahr, mit solchen paternalistischen Äußerungen dem Aufschwung, den die Grünen in den Umfragewerten derzeit erfahren, einen Dämpfer zu verpassen. Längst hat die Schulstreikbewegung dazu aufgerufen, bei den bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament nur jenen Parteien eine Stimme zu geben, die sich für den notwendigen Klimaschutz aussprechen. Bei "Parents for Future", den Eltern der Kinder, die selber noch nicht wählen dürfen, wurde bereits eine Initiative losgetreten, die Kinder entscheiden zu lassen, wen die Erwachsenen wählen sollen.

Die kommende Generation wird erleben, wie sich die Gesellschaft noch weiter spaltet als bisher und sich die Privilegierten in die klimatisch vorteilhaften Regionen zurückziehen, während die große Mehrheit der Bevölkerung um sichere Plätze ringen muß, mit Klimazonen, die teils absolut unwirtlich für den Menschen und seine Mitwelt werden. Millionenstädte werden wegen des steigenden Meeresspiegels in Bedrängnis geraten; der landwirtschaftlichen Produktion werden gravierende Ertragseinbußen prognostiziert.

In Anbetracht der, gemessen an den erforderlichen Klimaschutz-

maßnahmen, Tatenlosigkeit des politischen Establishments in bezug auf die globale Erwärmung stellt der Schulstreik noch eine harmlose, brave Form des Protestes dar. Aber er trifft offenbar den Nerv. Sobald Kinder und Jugendliche der Erwachsenenwelt ihre Bigotterie vor Augen führen, wird es für selbige ungemütlich, und all die Kretschmanns und Lindners kehren den Spieß raus - vom rechten Teil der Gesellschaft, der sich gegenwärtig an der Schulstreikbewegung abarbeitet, ganz zu schweigen.

Als ökolibertärer Ministerpräsident von Baden-Württemberg steht Kretschmann offenbar der profitorientierten Industrie und somit dem klimawandelforcierenden Konsumismus näher als dem Klimaschutz und damit der Zukunft der Heranwachsenden. Für diese macht Schule keinen Sinn angesichts der absehbaren Entwicklungen. Und so wie sich vor über 40 Jahren das "No future!" der Punkband Sex Pistols gegen das Establishment richtete und eine nicht zu stoppende Jugendbewegung rund um den Globus in Gang setzte, ist auch das Motto "Fridays for Future" eine unmißverständliche Absage an die Zukunft der Erwachsenenwelt, die eine Nicht-Zukunft sein wird.

Anmerkungen:

[1] https://www.focus.de/politik/-deutschland/kann-nicht-ewig-so-weitergehen-gruener-ministerpraesident-kretschmann-knoepft-sich-klima-demos-vor_id_10538870.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-698.html>

Algerien - Sicherung eigener Positionen ...

(SB) 3. März 2019 - Das war es also. Algeriens Präsident Abdelasis Bouteflika, der seit 1999 im Amt ist, gibt auf. Dazu haben wochenlange Massenproteste den 82jährigen gezwungen, der seit einem schweren Schlaganfall 2013 kaum noch öffentlich aufgetreten war, und wenn, dann nur im Rollstuhl. Wie der staatliche Algérie Presse Service (APS) in der Nacht vom 1. auf den 2. April meldete, wird das Staatsoberhaupt noch "vor dem 28. April", also vor dem regulären Ende seiner vierten Amtszeit, zurücktreten. Bis dahin wolle Bouteflika "wichtige Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, daß die staatlichen Institutionen während der Übergangsphase weiterhin funktionieren", hieß es pathetisch in der formellen Abschiedserklärung aus dem Präsidentenamt. Doch wie es innenpolitisch in Algerien weitergeht, weiß niemand so genau.

Das endgültige Aus für das politische Leben Bouteflikas hatte Generalstabschef Ahmed Gaïd Salah mit einer Fernsehansprache am 26. März eingeläutet, in der der Vizeverteidigungsminister vorschlug, nach Artikel 102 der algerischen Verfassung den schwerkranken und gebrechlichen Präsidenten und Verteidigungsminister in Personalunion für handlungsunfähig zu erklären und an dessen Stelle Abdelkader Bensalah, den Vorsitzenden des Oberhauses des Parlaments, für die vorgesehene Übergangszeit von 45 Tagen einzusetzen. Der Vorschlag fachte je-

doch die landesweiten Demonstrationen nur noch weiter an, die seit Bouteflikas Bekanntgabe seiner Kandidatur für eine fünfte Amtszeit als Präsident Mitte Februar nicht mehr abreißen wollten. Allein in der Hauptstadt Algier gingen am 29. März mehr als eine Million Menschen auf die Straße, um politische Reformen und ein Aufbrechen verkrusteter Strukturen zu fordern. Zu den Transparenten, die bei der großen Protestkundgebung in der algerischen Hauptstadt zu sehen waren, gehörte eines, auf dem sich die Autoren über den plumpen Versuch der Generalität lustig machten, auf die Verfassung zurückzugreifen, um sich zur Krisenbewältigung Zeit zu verschaffen. Dort hieß es: "Die Nummer 102, die Sie gewählt haben, ist nicht mehr erreichbar. Bitte wählen Sie 07". Absatz 7 der algerischen Verfassung lautet schlicht: "Alle Macht geht vom Volk aus."

Die Besinnung auf die Verfassung kommt für die in Algerien seit Jahrzehnten herrschende Kamarilla, die aus führenden Mitgliedern der in Koalition regierenden Front Libération National (FLN), darunter Bouteflikas Bruder Saïd, befreundeten Oligarchen, die an staatlichen Aufträgen reich geworden sind, sowie der obersten Militärführung besteht, reichlich spät. 2009 hat man die Verfassung einfach ausgehebelt, um Bouteflika mehr als die vorgesehenen zwei Amtszeiten zu verschaffen. 2014 wurde mittels Wahlmanipulationen dem nicht

mehr vorzeigbaren Präsidenten eine weitere vierte Amtszeit erschwindelt. Als Bouteflika mit der Bekanntgabe seiner Kandidatur für eine fünfte Amtszeit das Faß des Volkszorns zum Überlaufen brachte, setzte das unter Druck geratene Staatsoberhaupt am 11. März - ohne daß es dafür eine wahlrechtliche oder verfassungsmäßige Grundlage gab - die geplante Präsidentenwahl am 18. April einfach aus und bekundete die Absicht, "nur" noch für ein Jahr im Amt zu bleiben, um den nötigen "Reformprozeß" unter Dach und Fach zu bringen.

Mit diesem selbstherrlichen Akt haben die Bouteflika-Brüder und ihre Berater den Kontakt zu Wirklichkeit verloren. Die Ereignisse auf der Straße hatten sie längst von Subjekten zu Objekten des politischen Handelns gemacht. In den Wochen zuvor waren immer mehr Politiker, Gewerkschaftler und Geschäftsleute öffentlich für die Reformanliegen der Demonstranten eingetreten. Die Macht der Bouteflikas wurde in dem Moment gebrochen, als Anfang März die gesamte Richterschaft Algeriens erklärte, sie würde sich nicht zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Präsidentenwahl zur Verfügung stellen, wodurch von einem Moment auf den anderen der geplante Urnengang kein ernstzunehmendes Thema mehr war.

Am 29. April schlug Generalstabschef Salah erneut vor, Präsi-

dent Bouteflika für amtsunfähig erklären zu lassen. Zuvor hatte er den Vorsitz in einer Krisensitzung der Armeeführung geführt, in der er angeblich Saïd Bouteflika bezeichnend, sich mit Geheimdienstchef General Athmane Tartag, dessen berüchtigtem Vorgänger General Mohamed 'Toufik' Medienne sowie französischen Regierungsvertretern getroffen und mit ihnen "die Provozierung von Anarchie" sowie "das Schüren regionaler Feindseligkeiten" vereinbart zu haben. Gegen den Vorwurf, die Interessen der eigenen Familie und Freunde über die des Landes gestellt und dabei mit ausländischen Kräften konspiriert zu haben, setzte sich der jüngere Bouteflika-Bruder heftig zur Wehr.

Ob die Unschuldsbeteuerungen Saïd Bouteflika helfen werden, muß sich noch zeigen. Unmittelbar im Anschluß an das Treffen der Militärführung wurden alle Privatflüge von und nach Algerien bis Ende April verboten. Ein Grund dafür wurde nicht genannt. Laut algerischen Medien brach daraufhin Panik unter jenen Ge-

schäftsleuten aus, die in den letzten Jahrzehnten von ihren Kontakten zur Regierungsspitze profitiert hatten. Sie müssen befürchten, im Rahmen eines wie auch immer gearteten Reformprozesses als Sündenböcke herhalten zu müssen, die Algerien in seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entfaltung gehindert hätten. Und siehe da, um drei Uhr morgens des 31. März wurde der algerische Arbeitgeberpräsident Ali Haddad an einem Grenzübergang nach Tunesien festgenommen. Ohne dies vorher anzugeben, hatte Haddad 5000 Euro Bargeld im Gepäck. Erlaubt bei der Ausreise aus Algerien sind lediglich 1000 Euro. Am 1. April erhob die Staatsanwaltschaft in Algier Anklage wegen Korruption und illegalen Geldüberweisungen auf ausländische Konten gegen mehrere den Bouteflikas nahestehende Geschäftsleute, darunter zwei Brüder von Ali Haddad. Alle genannten Personen wurden bis zum Abschluß der Verfahren mit einem Ausreiseverbot belegt.

Wenige Stunden zuvor hatte Bouteflika neben dem eigenen

baldigen Rücktritt auch eine umfassende Kabinettsumbildung bekanntgegeben. Geschäftsführender Premierminister wurde Nouredine Bedoui, der Ahmed Ouyahia ersetzt, der wegen seiner unerbittlichen Härte gegen islamistische Aufständische im algerischen Bürgerkrieg der neunziger Jahre einer der verhaßtesten Politikern des Landes ist. Zentralbankchef Mohamed Loukal wurde Finanzminister, und der bisherige Botschafter bei den Vereinten Nationen, Sabri Boukadoum, Außenminister. Als einziges Kabinettsmitglied behielt General Salah seinen Posten. Als geschäftsführender Verteidigungsminister soll er im Sinne des Militärs für einen "Wandel" sorgen, der die demokratischen Forderungen der Massen ein Stückweit erfüllt - oder zumindest den Anschein erweckt -, ohne die bisherigen Pfründe der Oligarchie allzusehr in Frage zu stellen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2193.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Ankara - schlechte Verlierer ...

*Wer Istanbul verliert, verliert die Türkei
Recep Tayyip Erdogan im Wahlkampf [1]*

(SB) 3. April 2019 - Daß Recep Tayyip Erdogans Macht mittels demokratischer Wahlen gebrochen werden könnte, dürfte so gut wie ausgeschlossen sein. Er hat seinen Aufstieg ins höchste Staatsamt und das Präsidialsys-

tem unter massiver Repression gegen jegliche tatsächliche oder potentielle Gegnerschaft durchgesetzt. Übriggeblieben ist allenfalls eine leere Hülle von Demokratie, die Erdogan zu legitimato-

rischen Zwecken nutzt, um sein diktatorisches Regime zu kaschieren. Von regulären Urnengängen kann unter diesen Verhältnissen keine Rede sein. Verhaftung von Oppositionellen, Gleichschaltung der Medien, Einschüchterung, Manipulation, Fäl-

schung der Ergebnisse und Festnahmen siegreicher kurdischer Kandidatinnen und Kandidaten samt Zwangsverwaltung sind an der Tagesordnung. Deshalb steht zu befürchten, daß es auch bei den aktuell abgehaltenen Kommunalwahlen zu nachträglichen Eingriffen kommt, um die Niederlage der AKP in den großen Städten ungeschehen zu machen.

Am Sonntag wurden in 81 Provinzen Bürgermeister, Provinzräte und andere lokale Amtsinhaber gewählt. Die AKP ging insgesamt als stärkste Partei aus der Wahl hervor, hat aber an Zuspruch verloren und unterlag insbesondere in den großen Städten Istanbul, Ankara, Adana und Antalya den Kandidaten der Opposition. Für Erdogan wäre vor allem der Verlust des Bürgermeisterpostens in Istanbul eine herbe Niederlage. Er war selbst einmal Bürgermeister der Millionenstadt, hier hatte sein politischer Aufstieg begonnen. Islamisch-konservative Bürgermeister haben Istanbul, das als Schaltzentrale der türkischen Wirtschaft gilt, mehr als 20 Jahre lang regiert. Im Wahlkampf hatte Erdogan noch gewarnt, wer Istanbul verliere, verliere die Türkei.

Daher wurde mit Spannung erwartet, wie der AKP-Vorsitzende und Staatspräsident auf die Niederlagen seiner Partei in den großen Städten des Landes reagieren würde. Auffällig war bereits am Sonntagabend bei seiner traditionellen Ansprache nach der Wahl vom Balkon der AKP-Zentrale in Ankara, daß ihn keine anderen Politiker flankierten, sondern nur seine Frau Emine neben ihm stand. Es gilt als sehr wahrscheinlich, daß Köpfe rollen werden. Ob der Bannstrahl auch sei-

nen Schwiegersohn Berat Albayrak trifft, der als Wirtschaftsminister die katastrophale Talfahrt nicht bremsen konnte, wird sich zeigen. Vor allem aber holt das Regime nun zum Gegenschlag aus, um das Wahlergebnis anzufechten und zu drehen. Angesichts der Botschaft, die die Wählerschaft allen widrigen Bedingungen zum Trotz gesendet hat, muß die Regierung bei ihrem weiteren Vorgehen eine gewisse taktische Vorsicht walten lassen, will sie nicht Unruhen provozieren, die ihren Rückhalt in Teilen der Bevölkerung weiter schwächen könnten.

Noch in der Nacht auf Montag waren Innenminister Süleyman Soylu und Justizminister Abdülhamit Gül nach Istanbul geflogen, um in der lokalen Parteizentrale der AKP mit ihrem unterlegenen Kandidaten Binali Yildirim über das weitere Vorgehen zu beraten. Dieser hatte sich am Wahlabend um 23.25 Uhr Ortszeit vorschnell selbst zum neuen Oberbürgermeister Istanbul ausgerufen, mußte sich dann aber seinem Rivalen Ekrem Imamoglu von der oppositionellen CHP knapp geschlagen geben, auf den rund 25.000 Stimmen mehr entfielen. In Istanbul hatten von den 10,6 Millionen Wahlberechtigten 84 Prozent ihre Stimme abgegeben. Mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen habe er nicht gerechnet, räumte Yildirim später ein.

Am Montagabend wies Yildirim auf die hohe Zahl von 319.000 ungültigen Stimmzetteln hin. Würden die ungültigen Stimmen noch einmal bewertet, könne sich "alles ändern", sagte der AKP-Kandidat. Damit stand unausgesprochen der Verdacht im Raum,

daß Wahlzettel, die Yildirim zugute gekommen wären, für ungültig erklärt worden seien. Die CHP ließ das nicht unwidersprochen und verwies darauf, daß bei der Kommunalwahl von 2014 in Istanbul 290.000 Stimmen als ungültig erklärt worden waren. Zudem erinnerte sie daran, daß in jedem Wahllokal Vertreter der AKP und der CHP die Rechtmäßigkeit des Wahlvorgangs beobachtet hatten.

Welche Strategie die AKP gewählt hatte, um das Blatt nachträglich zu wenden, zeigte sich um so deutlicher, als der stellvertretende AKP-Vorsitzende Ali Ihsan Yavuz am Montagabend behauptete, man habe bei der Wahl in Istanbul "ein noch nie dagewesenes Maß an Unregelmäßigkeiten" erlebt. So seien in 309 Wahllokalen 17.400 Stimmzettel, die für Yildirim abgegeben worden seien, irrtümlicherweise dem CHP-Kandidaten Imamoglu gutgeschrieben worden. Eine Nachzählung sei daher unausweichlich. Natürlich blieb Yavuz die Erklärung schuldig, woher er diese Informationen so schnell bezogen haben könnte. Einen Dämpfer erhielt die AKP gleich bei einer ersten Nachzählung im Stadtteil Kadiköy, wo sich die Stimmenzahl für Imamoglu dadurch sogar um 450 erhöhte.

Am Dienstag gab der AKP-Vorsitzende in Istanbul, Bayram Senocak, bekannt, daß man bei den Wahlleitungen aller 39 Stadtteile Einspruch eingelegt habe. Diese Einsprüche beträfen "Schwindel und Unregelmäßigkeiten", die im Widerspruch zu einer gerechten Wahl stünden. Wenig später teilte auch der AKP-Vorsitzende in Ankara, Hakan Han Özcan, mit,

daß seine Partei gegen die Auszählung von 3.217 Wahlurnen in der Hauptstadt Einspruch eingelegt habe. Es sei nach jeder Wahl legitim, wegen möglicher Unregelmäßigkeiten eine Nachzählung zu fordern, erklärte AKP-Sprecher Ömer Celik. Das solle jeder respektieren, wie auch die AKP die Entscheidung des Hohen Wahlrats akzeptieren werde. [2]

Der Hohe Wahlrat ist zwar formell eine unabhängige Instanz, de facto aber Teil des Problems, da er in seiner aktuellen Besetzung der AKP nahesteht. Das hatte sich in der Vergangenheit an entscheidender Stelle gezeigt. So wies er 2014 in Ankara den Einspruch des damaligen CHP-Kandidaten Mansur Yavas zurück, der dem Amtsinhaber Melih Gökcek nur knapp unterlegen war. Noch deutlicher griff die oberste Wahlbehörde beim Referendum vom 16. April 2017 ein, bei dem es um die neuer Verfassung und insbesondere das Präsidialsystem ging. Noch während die Abstimmung im Gange war, erklärte sie überraschend auch ungestempelte Stimmzettel für gültig. Die Opposition wertete dies als Versuch, doch noch eine Mehrheit für die Verfassungsänderung zu erzwingen, wie sie dann auch knapp mit 51,4 Prozent zustande kam.

Diese Vorgehensweise könnte gewissermaßen eine Blaupause geliefert haben, auf welche Weise sich manipulierte Wahlergebnisse legitimieren lassen. Das AKP-Regime hat alle wichtigen Institutionen gesäubert und mit seinen eigenen Anhängern besetzt. So auch den Hohen Wahlrat, dessen Entscheidung die Regierung akzeptieren will, weil sie im Grunde nur zu ihren Gunsten ausfallen

kann. Es zeichnet sich also das Muster ab, im Zuge der Nachzählung den AKP-Kandidaten Stimmen zuzuschustern und die dafür gelieferte Erklärung von der obersten Wahlbehörde absegnen zu lassen. Nach Angaben des regierungsnahen Senders CNN Türk werde der Hohe Wahlrat die endgültigen Ergebnisse erst in zehn Tagen verkünden. Hingegen forderte CHP-Kandidat Imamoglu, daß die Beschwerden innerhalb einer Woche abgearbeitet sein müßten: "Wenn es länger dauert, fängt die Sache an zu stinken!" [3]

Ihre Erfolge hat die kemalistische CHP nicht zuletzt der HDP zu verdanken, die in verschiedenen Städten gezielt darauf verzichtet hat, eigene Kandidaten aufzustellen, damit die CHP mehr Stimmen bekommt. Ohne die kurdischen Stimmen hätte Ekrem İbrahimoglu sicher nicht gewonnen, da Istanbul nach der Zahl der Kurdinnen und Kurden unter ihren Einwohnern die größte kurdische Stadt ist. Auch in Adana und Antalya hat dies eine wichtige Rolle für die Siege der Opposition gespielt. Offizieller Bündnispartner der CHP ist bislang lediglich die nationalistische İYİ-Partei, eine Abspaltung der MHP. Zur HDP, die neben kurdischen auch viele linksalternative Gruppen vereinigt hat, hält die größte Oppositionspartei noch Distanz. Offenbar befürchtet man, das prokurdische Profil der HDP könnte Anhänger der CHP abschrecken, die in kemalistischer Tradition auf die Geschlossenheit der Türkei pochen.

In den kurdischen Landesteilen wurden die Bürgermeister 2016 per Präsidialdekret abgesetzt, inhaftiert und durch staatliche

Zwangsaufseher ersetzt. Tausende Mitglieder, Funktionäre und Abgeordnete der HDP sitzen im Gefängnis, bis hin zu ihrem früheren Vorsitzenden Selahattin Demirtas. Die Wahlen im Südosten des Landes waren vom Ausnahmezustand geprägt. In der Metropole Diyarbakir hat nun die HDP gewonnen, doch ob der siegreiche Bürgermeisterkandidat Adnan Selcuk Mizrakli sein Amt antreten kann, ist ungewiß. Denn vor der Wahl hatte Innenminister Süleyman Soylu gedroht, daß Wahlgewinner der Opposition verhaftet würden, wenn man es für notwendig halte. Die Lage in den Kurdengebieten ist angespannt, die Präsenz von Militär und Polizei wurde stark erhöht. [4]

Berichten deutscher Wahlbeobachterinnen und -beobachter zufolge waren vor und in den von ihnen aufgesuchten Wahllokalen in der Region Cizre bewaffnete Soldaten präsent, was eigentlich verboten ist. Oftmals durften die Beobachter die Gebäude nicht betreten, und es kam offenbar zu gezielter Wahlmanipulation. In vielen Orten wurden Soldaten angefahren, die ihre Stimmen abgaben und Berichten zufolge mehrfach wählten. In manchen Stimmbezirken tauchten plötzlich Tausende Namen in den Wählerlisten auf, die vorher nicht dort waren. In anderen Fällen waren die Übergabeprotokolle schon vor Auszählung aller Stimmen unterzeichnet. Wählerinnen und Wähler berichteten, sie seien beleidigt und bedroht worden, einige mußten ihre ausgefüllten Wahlscheine mit dem Handy fotografieren. Gerade in kleineren Orten erfordert es Mut, die Stimme abzuge-

ben, wenn man als HDP-Sympathisant bekannt ist. [5]

Trotz dieser bedrohlichen Situation und offensichtlicher Manipulationen ist es der AKP lediglich gelungen, der HDP die Mehrheiten in den Provinzen Bitlis, Sirnak und Agir abzunehmen. In den meisten Orten im Südosten konnten hingegen die durch Zwangsverwalter ersetzten kurdischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erneut ins Amt gewählt werden. Dies zeugt vom Widerstand der Menschen, die Erdogans Regime mit all seinen Zwangsmitteln nicht zum Schweigen gebracht hat.

Anmerkungen:

[1] www.welt.de/politik/ausland/article191273203/Tuerkei-Erdogan-und-AKP-fechten-Wahl-an-Gewaltige-Unruhen-befuerchtet.html

[2] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungueltiger-stimmzettel-nachwahlen-in-der-tuerkei-16121140-p2.html

[3] www.jungewelt.de/artikel/352225.landesweite-wahlen-in-tuerkei-akp-erhebt-einspruch-gegen-wahlergebnisse.html

[4] www.welt.de/politik/ausland/article191206165/Tuerkei-Wahlen-Die-ohnmaechtige-Wut-der-Kurden-auf-Erdogan.html

[5] www.jungewelt.de/artikel/352258.wahlbeobachtung-in-tuerkei-beleidigt-bedroht-und-auffordert-akp-zu-waehlen.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1817.html>

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Widerspruchslösung - nach Vorschrift sterben ...

Nehmen wir tatsächlich an, die Körpergrenzen schwinden, weil eine regelrechte Kapitalisierung der Körper zu beobachten ist, nämlich der Einsatz der lebendigen menschlichen Substanz als ein allgemeines Äquivalent, welches - 'zirkulierend' - als Medium dazu dient, einen spezifischen Mehrwert zu schaffen: Worin würde dann dieser Mehrwert bestehen? Was erwirtschaftet diese Gesellschaft, indem jeder einzelne von uns im Zeichen biologisch definierter Chancen quasi kurzgeschlossen wird mit dem Körper der anderen?

Petra Gehring - Was ist Biomacht? Vom zweifelhaften Mehrwert des Lebens [1]

(SB) 3. April 2019 - An lebensrettenden Aufgaben mangelt es nicht. So vieles liegt nicht nur in Deutschland, sondern weltweit im argen, daß es aberwitzig erscheint, aufgrund von rund 200 potentiellen OrganspenderInnen mehr im Jahr [2] einen so grundlegenden Eingriff in die herrschende Rechtsordnung zu vollziehen. Wendete man die ethisch durch die Rettung der Leben von Menschen, die auf ein Ersatzorgan warten, begründete Einführung der Widerspruchslösung in der Transplantationsmedizin auf andere Krisen und Notstände an, so wäre vorstellbar, vom Konto jedes Bürgers einen Geldbetrag zur Rettung davon betroffener Menschen abzubuchen, wenn dem nicht zuvor aktiv widersprochen wird. Das Aufheulen der Empörung gerade dort, wo viel zu holen wäre, und die üblichen Verweise auf die Gefahr sozialistischer und planwirtschaftlicher Übergriffe wäre geradezu vorprogrammiert.

Die von den BefürworterInnen der Widerspruchslösung praktisch zum moralischen Hand-

lungsnotstand erklärte Rettung von Menschen, die mitunter seit Jahren auf ein Ersatzorgan warten, taugte nur als Begründung für den von Gesundheitsminister Jens Spahn vorgelegten Gesetzentwurf, wenn diese ultimativ gemachte Forderung bei der Behebung vergleichbarer Schadensfälle, etwa zur Rettung vor Krieg und Hunger flüchtender Menschen, zur Beendigung der tödlichen Folgen verbrauchsintensiver und Umweltgifte produzierender Industrien, zur Einstellung todbringender Waffenexporte oder automobiler Gefahren, erhoben würde. "Not kennt kein Gebot" - die Widerlegung dieses moralischen Imperativs ist der kapitalistischen Leistungsideologie und bürgerlichen Meritokratie so tief eingeschrieben, daß die dadurch erforderlich gewordene Widerspruchsregulation eine Kulturleistung besonders kreativer Art darstellt.

Da der medizinische Zugriff auf den als hirntot geltenden Menschen zwecks Transferierens vitaler Organfunktionen die Autonomie der betreffenden Person

betrifft, stellt sich die Frage, um wessen Körper es sich überhaupt handelt. Das Selbstverständnis des diesbetreffenden Eigentumsanspruchs meint traditionell den Körper der Arbeit, den als Ware zu verkaufen die Basis der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft darstellt. Der in der Verkehrsfähigkeit seiner stofflichen Substanzen und informationstechnisch generierten Daten entgrenzte Körper hingegen stellt insofern Neuland für das Eigentumsrecht dar, als seine Bewirtschaftung auf technologischen Innovationen beruht, die erst seit einigen Jahrzehnten in den Stand umfassender Anwendung gelangt sind.

So bringt das Interesse, die Bevölkerung gesundheitspolitisch zu verwalten und als Rohstoff der Gesundheitswirtschaft zu verwenden, die Idee einer Gemeinschaftspflicht hervor, die sich im Fall der Transplantationsmedizin auf die physischen Grundlagen der zum Zeitpunkt ihrer Nutzung beendeten Existenz richten. Mit der Widerspruchslösung gelangt diese Gemeinschaftspflicht in den Stand einer gesellschaftlichen Maßnahme zur Steigerung der Organernte, die den Anspruch auf Eigentum am eigenen Körper nach dem sogenannten Hirntod aktiv in Frage stellt. Dies erfolgt unter anderem mit dem Argument, die Möglichkeit des kommerziellen Organhandels zu unterbinden. Einer marktradikalen Position gemäß könnte das Privateigentum an den Substanzen und Informationen der eigenen Physis auch die Voraussetzung dafür bieten, die Verteilung des knappen Gutes von Ersatzorganen über den Preis zu regeln.

In beiden Fällen gerät der Mensch unter Druck, sei er moralischer

oder ökonomischer Art. Die Einspeisung seines Körpers in ein abstraktes Kollektiv von Bedürftigen knüpft denn auch an die vermeintlich überwundene Vorstellung eines "Volkskörpers" an, der heute zwar nicht mehr durch das Konstrukt der Rasse definiert wird, aber durch die klar gezogenen Trennlinien zwischen Anspruchsberechtigten und nicht Anspruchsberechtigten das angeblich unteilbare Menschenrecht auf nationaler Grundlage relativiert. Mit universalen Werten ist eine solche Entwicklung nicht zu vereinbaren, setzt sie doch gerade auf die Ein- und Ausschließung des Lebens unter den Bedingungen knapper werdender Ressourcen und schärfer geführter Kämpfe um ihre Nutzung.

Dementsprechend bedeutsam wird die Relativierung leiblicher Autonomie durch die schleichende Durchsetzung utilitaristischer Argumente in einer bislang an der Autonomie des Individuums ausgerichteten Gesetzgebung. So führt der Weg von der Zustimmung- über die Entscheidung- bis zur Widerspruchslösung in eine Zukunft, in der die Etablierung einer Sozialpflichtigkeit der Physis, die keinen Widerspruch akzeptiert, weil die Not anderer ein angeblich größeres Rechtsgut als das der individuellen Unverletzlichkeit darstellt, nicht mehr auszuschließen ist. Wo der Überlebensprimat zur einzig gültigen Direktive erhoben wird, da bleibt kein Platz für die Konzeption eines Humanums, das sich auf irgendeine Weise von den Zwängen und Notwendigkeiten seiner Biologie abhebt. Der Niedergang des gehobenen Bürgertums und seine Verrohung im Bannkreis der Neuen Rechten zeigt sich

auch daran, daß philosophisch begründete Bedenken kaum zu vernehmen sind, sondern die Ideale des sogenannten Wertkonservatismus von sogenannten LebensschützerInnen auf die geistige Bescheidenheit des christlichen Fundamentalismus reduziert werden.

Was sich bereits in der Präventiv- und Steigerungslogik gesundheitspolitischer Maßregelung der Bevölkerung wie der nur mit löchrigem Datenschutz möglichen Bewirtschaftung der von ihr produzierte Medizindaten abzeichnet, ist eine neue Epoche biopolitischer Lebensverwaltung. Im Endeffekt - dort trifft sich diese Entwicklung mit den transhumanistischen Visionen kalifornischer IT-Pioniere von einer gentechnisch induzierten Lebensverlängerung wie der potentiellen Unsterblichkeit des informationstechnisch zum Datensatz mutierten Menschen - könnte es um die Akkumulation von Lebenszeit für diejenigen gehen, die es sich leisten können oder deren Existenz als "systemrelevant" eingestuft wird.

Die Philosophin Petra Gehring hat bereits 2006 die Überlegung angestellt, daß die biotechnisch ermöglichte Kommodifizierung des Körpers dem Ziel einer "Erwirtschaftung und Verteilbarmachung biologisch gewonnener Zeit" [3] gewidmet sein könnte. In dem so legitimierten Zugriff auf biologische Lebensressourcen der ersten Ordnung, also des Menschen selbst, wird die Dystopie hellsichtiger Science-Fiction-AutorInnen zur Wirklichkeit sozialdarwinistisch organisierter Vergesellschaftung. Im duldsamen Nachvollzug längst manife-

ster Entwicklungen bleibt es den bioethischen VerwalterInnen menschlicher Selbstachtung überlassen, dies mit einer flexibel auf die Errungenschaften der Humangenetik und Bioinformatik abgestimmten Anthropologie von der Unabdinglichkeit technisch erzeugter Resilienz zur Erhaltung der Art auszukleiden.

Anmerkungen:

[1] Petra Gehring: Was ist Bio-macht?, Frankfurt/Main 2006, S. 34

[2] https://www.deutschland-funk.de/theologe-peter-dabrock-widerspruchsloesung-bei-organspenden.694.de.html?dram:article_id=445133

[3] a.a.O.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1187.html>

**Täglich Umweltdaten
zu der Luftbelastung
in den Bundesländern
siehe unter:**

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-ba.shtml
bis

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-th.shtml

EUROPOOL / REDAKTION / PARTEIEN

Brexit - die Entscheidungsschlacht ...

(SB) 3. April 2019 - In Brüssel schrillen bereits die Alarmglocken in Sachen Brexit. Am 3. April haben getrennt voneinander sowohl EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als auch der französische Präsident Emmanuel Macron die Einschätzung abgegeben, daß der ungeordnete Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union um 24 Uhr des 12. April "sehr wahrscheinlich" sei. Und das trotz oder gerade wegen des gestrigen Angebots der britischen Premierministerin Theresa May an Oppositionsführer Jeremy Corbyn, gemeinsam einen gangbaren Weg aus der aktuellen Krise zu finden, der im Unterhaus zu London eine Mehrheit finden und zugleich bei den anderen 27 EU-Staaten akzeptabel sein soll. Leider liegen Juncker und Macron mit ihrer pessimistischen Prognose richtig. Grund dafür ist die Entscheidung Mays, das Wohl ihrer konservativen Partei stets über das ihres Landes zu stellen. Von diesem Prinzip ist die Tory-Chefin während ihrer fast drei Jahre in Number 10 Downing Street nicht abgewichen - gestern eingeschlossen.

In dem Amtssitz der britischen Premierministerin fand am 2. März eine siebenstündige Marathonsitzung des Kabinetts statt, bei der May und ihre 23 konservativen Parteikollegen eine Einigung über das weitere Vorgehen erzielen wollten. Dem Treffen waren zehn Tage Chaos im Parla-

ment vorausgegangen, im Rahmen dessen das von May mit Brüssel ausgehandelte Austrittsabkommen zum dritten Mal und weitere 12 überparteiliche Kompromißvorschläge - darunter Zollunion, zweites Referendum, Aussetzung des Austrittsdatums nach Artikel 50 des Lissaboner Vertrags et cetera - gescheitert sind. Bei der Kabinettsitzung sollen Presseberichten zufolge die Fetzen so richtig geflogen sein und sich die Brexitbefürworter und -gegner gegenseitig für die aktuelle Misere verantwortlich gemacht haben. Ganz am Ende der Diskussion soll May, angeblich ganz überraschend, ihre Absicht bekundet haben, Corbyn ins Boot zu holen. Danach verlangte sie und erreichte die Aushändigung aller Mobiltelefone ihrer Minister, bis sie eine Rede ans Volk über die neueste Entwicklung gehalten hat.

Nach kurzer Zeit hat sich der Vorsitzende der britischen Sozialdemokraten bereit erklärt, mit May an einer Beilegung der Brexit-Krise mitzuwirken. Da stellt sich die Frage, warum nicht nur Juncker und Macron, sondern die meisten politischen Beobachter in London keine Hoffnung auf die kommenden May-Corbyn-Gespräche setzen. Die Erklärung ist einfach. Wäre das Mitwirkungsangebot Mays ernst gemeint, hätte es im Anschluß an die Sitzung in der Downing Street zum Rücktritt der harten Brexiteers im Kabinett kommen müssen. Schließlich treten Corbyn und die Labour

Party für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Zollunion mit der EU sowie für die größtmögliche regulatorische Nähe zum europäischen Binnenmarkt ein, um die Personenfreizügigkeit sowie hohe Standards in den Bereichen Arbeitsrecht und Umweltschutz zu gewährleisten. Gerade die Abschaffung derlei Schutzmechanismen ist es, worauf die harten Brexiteers zielen.

Die Tatsache, daß in den letzten 24 Stunden lediglich zwei Staatssekretäre, jedoch keine prominenten Brexiteers wie Handelsminister Liam Fox oder Transportminister Chris Grayling zurückgetreten sind, deutet darauf hin, daß das Gesprächsangebot Mays eine Finte ist, die Kompromißbereitschaft und Einigungswillen suggerieren soll, wo nichts dergleichen existiert. Eine Twittermeldung Nicola Sturgeons nach einem eigenen Treffen mit Corbyn, wonach am 3. März die schottische Premierministerin meinte, sie wäre "sehr enttäuscht", sollte sich der Labour-Chef mit den Minimalzugeständnissen Mays zufriedengeben, verstärkt den Verdacht, daß man es hier mit nur noch mehr politischem Theater zu tun hat, mit dem die konservative Parteichefin weiter auf Zeit spielt, bis ihr Withdrawal Agreement mit Brüssel die einzige Option ist, die den ungeordneten Austritt mit allen katastrophalen Folgen noch verhindern kann.

Lange Zeit hat May den Standpunkt vertreten, daß der "No Deal"-Brexit besser als ein "schlechter Deal" mit Brüssel sei. Bei der gestrigen Rede an die Nation ist sie erstmals davon abgerückt und hat den "No Deal" zum Alptraumszenario erklärt, das unbe-

dingt vermieden werden müsse. Doch meint sie das wirklich? Oder hat sie das Angebot an Corbyn und die Sozialdemokraten lediglich gemacht, um diese nachher für das große Scheitern der Brexit-Verhandlungen mit der EU mitverantwortlich machen zu können?

Interessant in diesem Zusammenhang ist das Verhalten der nordirisch-protestantischen Democratic Unionist Party (DUP), deren zehn Abgeordnete im Unterhaus seit Sommer 2017 das Überleben von Mays Minderheitsregierung sichern. Die Politiker der DUP gehörten von Anfang an zu den eifrigsten Brexit-Befürwortern, weil sie sich vom EU-Austritt eine Zementierung der "treuen Union" Nordirlands mit Großbritannien erhofft haben. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Ähnlich Schottland hat 2016 eine Mehrheit der Wähler in Nordirland für den Verbleib in der EU gestimmt. Das lautstarke Drängen der DUP in Richtung Brexit hat der längst fälligen Diskussion um die Wiedervereinigung Irlands enormen Auftrieb verliehen.

Die DUP lehnt Mays Austrittsdeal mit der EU deshalb kategorisch ab, weil darin eine ordnungspolitische Übereinstimmung zwischen Nord- und Südirland vorgesehen ist, um Grenz- und Zollkontrollen auf der grünen Insel zu vermeiden. Vor drei Tagen hat der DUP-Fraktionsschef im Unterhaus, Nigel Dodds, vollkommen unerwartet erklärt, seine Partei ziehe den Verbleib in der EU dem Withdrawal Agreement Mays vor, wenn das die einzige Möglichkeit sei, die "Union" zu retten. Bei der DUP, die bei den Brexit-Abstimmungen im briti-

schen Parlament zu allen Resolutionen ohne Ausnahme "Nein" gesagt hat, macht man sich offenbar inzwischen ebenso viele Sorgen, als politischer Querulantenhaufen in die Geschichtsbücher einzugehen, die den nötigen Kompromiß verhindert haben, wie um den Erhalt des Vereinigten Königreichs in seiner heutigen Form.

Interessant war auch die Reaktion der DUP auf Mays Gesprächsangebot an Corbyn. DUP-Chefin Arlene Foster hat die Offerte als "höchst bedauerlich" bezeichnet und ihre Verwunderung zum Ausdruck gebracht, daß die Tories über die Zukunft des Brexit-Projekts mit einem Mann verhandeln wollten, den sie selbst seit Jahren als Marxisten und Pazifisten "dämonisieren". Die Folgen dieser Verteufelung wurden am 3. März auf peinliche Weise sichtbar, als in den sozialen Medien eine Videosequenz auftauchte, in der vier uniformierte Mitglieder des 3. Bataillon des berüchtigten britischen Fallschirmjägerregiments bei einer Schießübung auf ein lebensgroßes Bild von Corbyn zahlreiche Schüsse abgeben. Die Aufnahme soll in Kabul gemacht worden sein. Die Soldaten, gegen die jetzt eifrig ermittelt wird, nehmen lediglich das ernst, was im September 2015, nach der Wahl Corbyns zum Labour-Vorsitzenden, ein ranghohes Mitglied der britischen Generalität anonym gegenüber der Sunday Times erklärt hat. Sollte Labour bei der nächsten Wahl gewinnen und Corbyn Premierminister werden, käme es zu einer "Meuterei" der britischen Streitkräfte, so der Offizier. Damals haben Politik und Medien in Großbritannien die Drohung des Militärs, die demo-

kratische Grundordnung aufzukündigen, einfach durchgehen lassen.

Jedenfalls hat May - mit oder ohne Corbyns Unterstützung - nur noch wenige Tage, um ihren Deal durch das Unterhaus zu bringen, denn auf seiten der EU-27 ist die Geduld mit London am Ende. Reist May erneut mit leeren Händen zum Krisengipfel in Brüssel am 10. April, dann ist seitens der europäischen Amtskollegen wenig Hilfe zu erwarten. Brexit ist ein innenpolitisches Dilemma, in das sich vor allem die Engländer hineinmanövriert haben, und nur sie können es lösen. Die Chancen, daß May um eine Fristverlängerung bittet, geschweige denn eine bekommt, sind gering. Dann zwischen dem 23. und 26. Mai sind EU-Wahlen geplant. Eine Teilnahme der Briten an dem Urnengang ist wegen der aufgeheizten Stimmung im Vereinigten Königreich absolut unvorstellbar.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-378.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Italienische Schüler antworten Wissenschaftlern und lancieren nationale Versammlung von #FridaysForFuture Italia

Nachricht aus der Redaktion Italien vom 2. April 2019

Auch in Italien haben sich Klimawissenschaftler mit den streikenden Schülern und Studenten solidarisch erklärt. In einem offenen Brief [1], der in La Stampa, einer der großen italienischen Tageszeitungen, abgedruckt wurde, sichern sie den jungen Klimaaktivisten ihre Unterstützung zu. Nun haben die Schüler reagiert und folgende Erklärung abgegeben:

Liebe Wissenschaftler,

Mit großer Freude haben wir den offenen Brief von Klimawissenschaftlern an die Schüler und Studenten, die für die Umwelt streiken, gelesen. Wir freuen uns, dass wir auf Eure moralische und praktische Unterstützung zählen können. Wie Ihr wahrscheinlich wisst, legt unsere Bewegung größten Wert auf die Wissenschaft, um die Klimakrise zu verstehen und zu lösen.

Wir sind von Greta Thunbergs Aktivismus inspiriert, die seit August 2018 vor dem schwedischen Parlament demonstriert, um ihre Regierung zu einem konkreten Engagement zur Bekämpfung der Klimakatastrophe und zur Einhaltung der Grenze eines Anstiegs von 1,5°C der durchschnittlichen Erdtemperatur zu bewegen. Über diesen Schwellenwert hinaus hat das IPCC - das wissenschaftliche

Gremium der Vereinten Nationen - nämlich berechnet, dass gefährliche und nicht umkehrbare Mechanismen des Temperaturanstiegs ausgelöst werden. Es wird für uns alle notwendig sein, sich unter der Perspektive der Klimagerechtigkeit zu bewegen.

Wir glauben, dass der Klimawandel alle betrifft, auch die Leugner. Denn die Leugnung der Realität wird sie trotzdem nicht vor den Auswirkungen des Lebens auf einem Planeten bewahren, der immer lebensfeindlicher wird, wenn wir keine Wege finden, die Emissionen zu senken und dem Temperaturanstieg entgegenzuwirken.

In Eurem Schreiben habt Ihr den Politikern die Rolle zugewiesen, die Bürger zu ermutigen, ein größeres Bewusstsein für diese Themen zu schaffen, "unterstützt von denen, die zukünftige Generationen ausbilden und kollektives Denken formen, also Lehrer und Journalisten, und die eine besondere Pflicht haben, das Bewusstsein für Klimamissbrauch und mögliche Lösungen für diese Krise zu schärfen". Wir stimmen zu, dass Eure Rolle bei der Bewusstmachung und Sensibilisierung von zentraler Bedeutung ist. Viele von uns glauben mehr an Euch Wissenschaftler als an die Politiker, die unser Vertrauen durch

konkretes und vorausschauendes Handeln gewinnen müssen, und nicht durch bloße Aussagen.

Gerade wegen des Vertrauens, das wir der Wissenschaft entgegenbringen, nutzen wir diese Gelegenheit, um bekannt zu geben, dass wir in wenigen Wochen unsere erste Nationalversammlung in Mailand abhalten werden, die am Freitagabend, dem 12. April, mit einer für die Öffentlichkeit zugänglichen wissenschaftlichen Konferenz eröffnet wird, während der Samstag, 13. April, der Versammlung selbst gewidmet sein wird. Bei dieser Gelegenheit wird auch ein Manifest erstellt werden, das nicht nur dazu dient, zu bekräftigen, wer #FridaysForFuture ist und was diese Bewegung beabsichtigt, sondern das auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen deutlich macht, auf die man aufbauen muss.

Kurz gesagt, wir danken Euch für die Impulse, die Ihr gesetzt habt. Wir freuen uns über diese öffentliche Unterstützungserklärung. Wir sind bereit und laden alle zur Nationalversammlung am Freitag, den 12. und Samstag, den 13. April ein.

Unterzeichnet von:

Fridays For Future - Alessandria
Fridays For Future - Altovicentino
Fridays For Future - Ancona
Fridays For Future - Bergamo
Fridays For Future - Bari
Fridays For Future - Biella
Fridays For Future - Brescia
Fridays For Future - Brindisi
Fridays For Future - Cagliari
Fridays For Future - Catania
Fridays For Future - Cervia
Fridays For Future - Como
Fridays For Future -

Corigliano Rossano

Fridays For Future - Cosenza
Fridays For Future - Fano
Fridays For Future - Faenza
Fridays For Future - Firenze
Fridays For Future - Forlì
Fridays For Future - Genova
Fridays For Future - La Spezia
Fridays For Future - Lecce
Fridays For Future - Lecco
Fridays For Future - Livorno
Fridays For Future - Lucca
Fridays For Future - Milano
Fridays For Future - Monterotondo
Fridays For Future - Monza Brianza
Fridays For Future - Napoli
Fridays For Future - Padova
Fridays For Future - Pesaro
Fridays For Future - Pisa
Fridays For Future - Pistoia
Fridays For Future - Pordenone
Fridays For Future - Ravenna
Fridays For Future - Rimini
Fridays For Future - Roma
Fridays For Future - Salerno
Fridays For Future - San Donà
Fridays For Future - Sassari
Fridays For Future - Savona
Fridays For Future - Siracusa
Fridays For Future - Tempio
Fridays For Future - Torino
Fridays For Future - Trento
Fridays For Future - Treviso
Fridays For Future - Udine
Fridays For Future - Venezia
Fridays For Future - Verona
Fridays For Future - Vicenza
Fridays For Future - Vittorio Veneto

*Übersetzung aus dem Italienischen
von Pressenza München*

Anmerkung:

[1] <https://www.lastampa.it/2019/03/27/scienza/lettera-aperta-degli-scientziati-del-clima-agli-studenti-che-scioperano-per-il-clima-JZeGco6oubXqcU-slhT1mcp/pagina.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

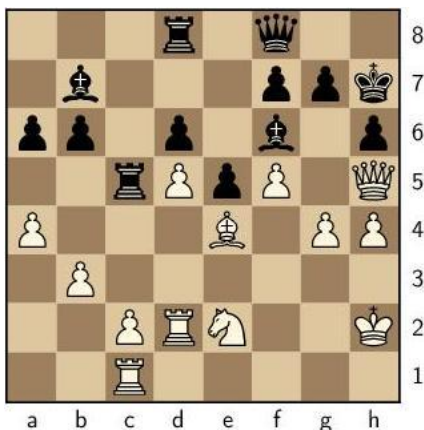
<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin170.html>

SCHACH - SPHINX

**Mit der Geduld eines
Beichtvaters**

(SB) Kaum ein anderer lebender Großmeister beherrscht die Kunst, aus kaum fühlbaren Stellungsvorteilen einen letztendlichen Sieg zusammenzuschustern, so excellent wie der Anatoli Karpow. Man ist immer wieder erstaunt, wie meisterlich sich Karpow zwischen den einzelnen Nuancen bewegen kann, wie gründlich und paralysierend er das gegenwärtige Gegenspiel ausschaltet, um dann, ebenso langsam voranschreitend, Zug um Zug, mit der Geduld eines Beichtvaters seine Ziele zu verwirklichen. Großes Schlachtengetöse wird man aus seinen Partien selten ausschalten hören. Gradlinigkeit ist das oberste Prinzip, dem er die Treue hält. Das heutige Rätsel der Sphinx zeigt die Stellung, nachdem sein Kontrahent Bukic mit den schwarzen Steinen aufgegeben hatte. Man ist verwundert und fragt sich, wie das sein kann, denn

auf jeder Seite wurden erst je drei Figuren abgetauscht; und doch kam die Kapitulation nicht zu früh. Bukic war während der gesamten Partie - und das, obwohl er zur aggressiven Sizilianischen Verteidigung gegriffen hatte - nicht ein einziges Mal auch nur in den Genuß einer leichten Initiative gekommen. Nach und nach waren seine Pläne ad absurdum geführt worden, weil sie keine Angriffsfläche im weißen Lager fanden. Karpow hatte, ehe Bukic resignierte, 1.g3-g4 gezogen. Nun, Wanderer, welche Drohung lag in diesem Zug versteckt?



Karpow - Bukic
Bugojno 1978

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Die Dominanz der schwarzen Streitmacht reichte für einen entscheidenden Angriff leicht und bequem aus, nachdem der ungarische Großmeister Gyula Sax die Punkten ausgespäht hatte: 1...f4-f3! 2.Td6xa6 Tg3xg2+ 3.Tf2xg2 Dg5-e3+! 4.Le1-f2 Tg8xg2+ 5.Dh1xg2 f3xg2! und Weiß gab auf wegen des Mattangriffs nach 6.Lf2xe3 Lh6xe3+ 7.Kg1-h2 g2-g1D+ usw.

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin170.html>

Hinweis : BUCH / SACHBUCH / REZENSION

Schattenblick → INFOPOOL → BUCH → SACHBUCH

**REZENSION/700: Dr. Karsten Müller, Claus Dieter Meyer -
Magie der Schachtaktik (SB)**

Dr. Karsten Müller/Claus Dieter Meyer

Magie der Schachtaktik

Intuition, Fantasie & Präzision

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar700.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...
Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Kooperationspartner



poonal
Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.dee>



Pressenza
Kooperationspartner von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*Rezensionen siehe
BUCH → SACHBUCH →
REZENSION
http://www.schattenblick.de/infopool/buch/ip_buch_sachbuch_rezension.shtml*

- 1 UMWELT - REDAKTION: Freitagsdemo - es grünt so grün, wenn die Gesetze blühen ...
- 3 POLITIK - REDAKTION: Algerien - Sicherung eigener Positionen ...
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Ankara - schlechte Verlierer ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Widerspruchslösung - nach Vorschrift sterben ...
- 9 EUROPOOL - REDAKTION: Brexit - die Entscheidungsschlacht ...
- 11 UMWELT - KLIMA: Italienische Schüler antworten Wissenschaftlern und lancieren nationale Versammlung (Pressenza)
- 12 SCHACH-SPHINX: Mit der Geduld eines Beichtvaters
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 4. April 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. April 2019

+++ Vorhersage für den 04.04.2019 bis zum 05.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Sonne in der Frühe,
später Mittag Regen,
Jean-Luc gibt sich Mühe,
Pfützen auszufegen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.